

Linksbündnis – Perspektive oder Illusion?

Gespräch mit Reinhard Bütikofer

»Es gibt derzeit keine realisierbare Mehrheit der Linken«

Das jüngste Bremer Rekordresultat von 16,5 Prozent hat alle Lügen gestraft, die BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN nach dem Ende von Rot-Grün und dem Aufkommen der LINKSPARTEI schon abschreiben wollten. Stattdessen bleibt die Partei auch nach dem Karriereende Joschka Fischers ein begehrtes Spekulationsobjekt für künftige Dreierkoalitionen. Von der »Ampel« über Jamaica bis zu einem Linksbündnis – DIE GRÜNEN wären immer dabei. Ihr Vorsitzender Reinhard Bütikofer, geb. 1953 in Mannheim, war als Student Mitglied beim maoistischen KBW, ehe er 1982 für die GAL in den Heidelberger Stadtrat einzog. Von 1988 bis 1996 saß er als Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg. Nach seiner Zeit als Geschäftsführer im Bundesvorstand der GRÜNEN wurde er 2002 Bundesvorsitzender – erst zusammen mit Angelika Beer, dann mit Claudia Roth. – Mit Bütikofer unterhielt sich Norbert Seitz am 8. Mai 2007 in Berlin.

NG/FH: Reinhard Bütikofer, es gibt welche, die sich Woche für Woche bei Herrn Güllner von FORSA oder Herrn Hillmann von DIMAP die strukturelle Mehrheit der Linken abholen, indem sie schlicht die Prozentzahlen der Sozialdemokraten, der GRÜNEN und der LINKSPARTEI addieren. Gibt es aus Ihrer Sicht über eine arithmetische Mehrheit in der Demoskopie hinaus eine strukturelle Mehrheit der Linken in Deutschland?

Reinhard Bütikofer: Es gibt derzeit keine realisierbare Mehrheit der Linken, weil es keine Idee gibt, wohin man gemeinsam lenken sollte. Wir Grüne und die LINKSPARTEI haben ganz unterschiedliche Fluchtpunkte und Perspektiven und die SPD weiß nicht, wohin sie will und hadert, statt das zu klären.

NG/FH: Ärgert es Sie nicht, wenn bei

solchen Spielchen mit dem Drohpotenzial einer angeblich linken Mehrheit, wie selbstverständlich die Bündnisteilnahme der GRÜNEN unterstellt wird, ohne dass Sie gefragt wurden, ob Ihnen das überhaupt genehm ist?

Bütikofer: Das ärgert mich nicht, weil es ja auch gelesen werden kann als Referenz gegenüber dem Umstand, dass die SPD bei einer Mehrheitsbildung jenseits der Großen Koalition an uns GRÜNEN nicht vorbeikommt. Wir werden uns schon nicht verplanen lassen. Es amüsiert mich eher ein bisschen, wenn man sich einbildet, mit rein hypothetischen Koalitionsoptionen dem politischen Gegner drohen zu können.

NG/FH: Aber es gibt doch die Möglichkeit von Dreierbündnissen?

Bütikofer: Schon die Annahme, das quasi gesetzmäßige Abschmelzen der großen

Parteien führe automatisch zu Dreierlösungen, ist mit äußerster Vorsicht zu genießen. Wenn nicht alles täuscht, arbeiten Union und FDP daran, diese *conventional wisdom* zu widerlegen. Während Gott und die Welt sich in konfuse Kombinatorik verrennen, versucht die Union trotz aller internen Widersprüche, die von ihr spätestens seit dem Leipziger Parteitag von 2003 aufgegebenen Schritt für Schritt neu zu erschließen. Zur gleichen Zeit laboriert die SPD an ihrer offensichtlich kaum behebbaren inneren Zerrissenheit und setzt deswegen wenig entgegen. Die Union stellt mit Jürgen Rüttgers den bekanntesten Sozialdemokraten im größten Bundesland, versucht in den großen Städten mit Ole von Beust in Hamburg, Friedbert Pflüger in Berlin oder Petra Roth in Frankfurt a.M. bei uns GRÜNEN Anleihen der Modernität zu nehmen, um dann – was zu tun? Im vierten Anlauf mit einer marktradikal aufgestellten FDP doch noch eine Mehrheit im Bund zustande zu bringen. Damit muss man sich schon ein bisschen auseinandersetzen

NG/FH: DIE LINKE, die am 16. Juni gegründet wird, ist eine Grufti-Partei aus weitgehend angepassten ostdeutschen Postkommunisten und mausgrauen Gewerkschaftsfundis aus dem Westen. Sehen Sie prinzipiell die Möglichkeit einer sachbezogenen Zusammenarbeit mit dieser Partei?

Bütikofer: Ich warne davor, gegenüber der LINKSPARTEI nur mit abfälliger Arroganz zu reagieren, wie es auch die SPD gerne tut. Gerade die Wahl in Bremen hat wieder gezeigt, dass sich die SPD sehr ernsthaft damit auseinandersetzen muss,



Stephan Falk

Grünen-Chef Reinhard Bütikofer: »Die Linkspartei behandelt ökologische Fragen als Nebenwiderspruch.«

ob sie den Wert der sozialen Gerechtigkeit neu füllen kann.

Auf Bundesebene ist für uns Grüne eine Zusammenarbeit mit der LINKSPARTEI nur schwer vorstellbar. Auf Landesebene wäre es – wenn nötig – mit den Realos der LINKSPARTEI in Berlin nach der Abgeordnetenhauswahl 2006 grundsätzlich vorstellbar gewesen, über eine Zusammenarbeit im Rahmen eines Dreierbündnisses zu reden. Die Konstellation war dann anders. Allerdings wird dieser Realo-Flügel der LINKSPARTEI von Oskar Lafontaine ja des schleichenden Neoliberalismus bezichtigt und fast mit dem Bannfluch belegt. Darin spiegelt sich indirekt der große Abstand zur Lafontaine-Linken.

NG/FH: Ist Lafontaines späterer Radikalismus das einzige Hindernis?

Bütikofer: Nein. Ich halte ein Bündnis auf Bundesebene schon wegen des Selbstrespekts jedes modernen Linken für ziem-

lich ausgeschlossen. Man kann nicht mit einer Partei auf Bundesebene Regierungsverantwortung tragen, die in der Sozialpolitik einen nostalgischen Populismus zur Richtschnur macht, jeden Weg einer reflexiven Modernisierung verbaut und damit strategisch den Rechten ins Blatt spielt. Wie wollen wir auf Bundesebene mit einer Partei außenpolitische Verantwortung tragen, die noch nicht einmal bereit ist, dem Einsatz unbewaffneter Militärangehöriger im Ausland – trotz eines Auftrags der UNO – zuzustimmen?

NG/FH: Aber gibt es auf dem linken Flügel bei den GRÜNEN nicht auch Kräfte, die Auslandseinsätzen gegenüber genauso skeptisch sind wie die LINKSPARTEI?

Bütikofer: Nein, da sehe ich einen großen Unterschied. Wenn Lafontaine die gesamte rot-grüne Außenpolitik permanent unter die Überschrift »Völkerrechtswidrige Kriege« stellt, dann halte ich das schlicht für hetzerisch. Auf dem linken Flügel der GRÜNEN gibt es keine relevanten Stimmen, die diese Melodie teilen.

Ganz konkret: Unsere Bundestagsfraktion hat mit großer Mehrheit den Einsatz in Afghanistan *Operation Enduring Freedom* letzten Herbst abgelehnt. Dagegen wurde mit großer Mehrheit der Einsatz ISAF unterstützt. Und über die *Tornados* gab es unterschiedliche Haltungen, aber ich erlebe die Debatten bei uns nicht als ideologische Flügelfrage. So gab es auf unserem letzten Bundesparteitag in Köln eine sehr große Mehrheit für die Grundposition, dass wir die Verantwortung, die wir für Afghanistan übernommen haben, auch weiter tragen wollen. Das heißt natürlich nicht, dass wir alles abnicken werden, was Verteidigungsminister Jung vorschlägt oder im Bündnis diskutiert wird. Einen Einsatz von Bodentruppen im Süden Afghanistans wird meine Partei nicht mittragen. Wir haben aber die ideologisierte Position, wie sie heute die LINKSPARTEI insgesamt noch prägt, überwunden.

In manchen außenpolitischen Diskus-

sionen beunruhigen mich aber bestimmte Töne aus der SPD. Wenn zum Beispiel Peter Struck in einem Interview eine außenpolitische Äquidistanz von Berlin zu Washington und Moskau verkündet, dann frage ich mich, ob die SPD dabei ist, ihre außenpolitische Orientierung zu verlieren.

NG/FH: Wie steht es um die Sozialpolitik? Gibt es auch hier unüberwindbare Differenzen?

Bütikofer: Vielleicht sollte ich zuerst von der Stärke der LINKSPARTEI reden. Die sozialpolitische Stärke der LINKSPARTEI hängt am Thema der Verteilungsgerechtigkeit, das sie immer wieder auf die Agenda holt. Darin hat sie selbst dann Recht, wenn ihre Vorschläge wenig taugen. Verteilungsgerechtigkeit allein reicht als Maßstab nicht, aber man darf sie nicht ignorieren. Wir stehen deshalb für einen erweiterten Gerechtigkeitsbegriff, der Geschlechtergerechtigkeit meint, Generationengerechtigkeit, Chancen- und Teilhabemöglichkeiten sowie ökologische und internationale Gerechtigkeit. Unser Konzept eines ermutigenden Sozialstaats umschließt das alles – und ist ohne soziale Reformen nicht zu realisieren. Dazu muss man stehen. Eine der Schwächen des rot-grünen Erbes von sieben Jahren Bundesregierung ist es allerdings, dass wir nicht offen genug diskutieren, wo unsere Bilanz diesen Maßstäben entspricht und wo nicht. Solange bei Rot wie Grün zu viele schwanken zwischen Gesundbeten des Getanen und entschuldigendem Wegducken gegen Kritik, wie sollen wir da dem sozialpolitischen Konservatismus beikommen, der in der LINKSPARTEI seine Bastion hat, aber viel weiter verbreitet ist? Denn es steht fest: Für unsere Wählerinnen und Wähler ist Gerechtigkeit der zweite Zentralwert neben dem der ökologischen Verantwortung.

NG/FH: Apropos ökologische Verantwortung. Wie ist es auf diesem Gebiet mit dem Problembewusstsein der LINKSPARTEI bestellt?

Bütikofer: Ich nehme herzlich wenig wahr. Hier kommt die LINKSPARTEI praktisch nicht vor – mit Ausnahme von einzelnen Leuten wie z.B. Wolfgang Methling in Mecklenburg-Vorpommern, der dort Umweltminister war und aus meiner Sicht insgesamt eine respektable Umweltpolitik gemacht hat. Ansonsten behandelt die LINKSPARTEI ökologische Fragen nach wie vor in klassischer linkssozialistischer und rechtsgewerkschaftlicher Manier als Nebenwiderspruch.

NG/FH: Wo dann auch für den Erhalt von Arbeitsplätzen Regionen geplant werden dürfen...

Bütikofer: Na gut, da müssen wir ja auch mit der Sozialdemokratie streiten. Denn für den Erhalt der Kohle und deren Lobby geht der real existierende Sozialdemokrat gern über die Leiche seiner eigenen politischen Glaubwürdigkeit in der Umweltpolitik.

NG/FH: Kann man denn unter dem Strich irgend ein Gebiet nennen, wo ein Linksbündnis aus Sozialdemokraten, Grünen und der LINKSPARTEI mehr leisten könnte als eine Große Koalition?

Bütikofer: Die Frage ist extrem hypothetisch. Solange die SPD ihre Interessen in der Großen Koalition am besten gewahrt sieht und die LINKSPARTEI gar nicht regieren will, wie soll man es herausfinden?

NG/FH: Für wie entwicklungsfähig halten Sie die LINKSPARTEI? Hat sie, gerade weil sie auf billigen Besitzstandspopulismus setzt, eine Chance, sich mittelfristig zu etablieren.

Bütikofer: Besitzstandspopulismus ist nicht links. Populistische Polemik auch nicht. Keine Partei kann von Populismus an sich leben. Es wird aber wohl noch eine Weile dauern, bis die LINKSPARTEI dem Hauptvertreter dieser Richtung, Oskar Lafontaine, die Lizenz zum Populismus ent-

»Wir müssen wieder eine gemeinsame Vorstellung von gesellschaftlicher Produktivität entwickeln.« Die Fragen stellte Norbert Seitz.



Stephan Falk

zieht. Eine Gefahr besteht darin, dass ein linkspopulistisches Konzept à la Lafontaine sich nicht dauerhaft wirksam gegen den rechten Populismus abzugrenzen vermag. Was wäre die LINKSPARTEI jenseits des Populismus? Eine interessante Frage. **NG/FH:** Zum Verhältnis zur SPD. Dany Cohn-Bendit hat einmal gesagt: Bei Rot-Grün wird man häufig duzend über den Tisch gezogen. Bei Schwarz-Grün – wie in Frankfurt – wird sich dagegen siezend an Abmachungen gehalten. Wie tief sitzt der grüne Groll noch über die fragwürdige Behandlung im *Event*-Jahr 2005 durch Schröder und Müntefering?

Bütikofer: Zunächst einmal: Man kann keine vernünftige Politik machen, wenn man wegen politischen Foulspiels über Jahre beleidigt sein will. Für die Zukunft strategisch wichtig ist, dass der eigentliche Bruch von Rot-Grün nicht erst 2005 stattfand, sondern schon früher. Nämlich im Frühjahr 2004, als Müntefering die SPD-Parteiübernahme übernahm. Als politische Basis von Rot-Grün diente ursprünglich die Übereinkunft, dass die SPD bestimmte gesellschaftspolitische und ökologische Reformen zuließ, für die DIE GRÜNEN stehen. Auf der anderen Seite waren wir der SPD dabei behilflich, den sozialstaatlichen *Status quo* weitgehend zu verteidigen, teilweise zu Recht, nämlich gegen Druck aus der neoliberalen Ecke, teilweise aber auch gegen bessere Einsicht. So haben wir 1998 leider akzeptiert, dass der demografische Faktor wieder aus der Rentenberechnung genommen wurde. Die SPD prägte Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik, wir ökologische und gesellschaftspolitische Themen. Das war lange die stabile Basis unseres Bündnisses.

NG/FH: Woran zerbrach diese Basis?

Bütikofer: In dem Moment, in dem die Sozialdemokraten mit der *Agenda 2010* Zug um Zug erkannten, dass sie sich in den Clinch mit ihrer eigenen Wählerklientel begeben mussten, hatten wir als grüne Bündnispartner für die SPD strategisch an

Bedeutung verloren. Unter diesen Umständen war die Müntefering-SPD etwa nicht mehr bereit, sich im Bündnis mit uns für einen wirkungsvollen Emissionshandel gegenüber etablierten Wirtschaftsinteressen in die Schlacht zu werfen. Es fing an auseinanderzulaufen und die Achse Schröder-Fischer wurde schwächer. **NG/FH:** War Rot-Grün also doch nur eine Konjunkturlaune?

Bütikofer: Nein, aber eine Wiederholung von Rot-Grün dürfte kein *Revival* sein. Das geht nicht. Für eine überzeugende rot-grüne Zukunftsperspektive müssten beide Partner in der Lage sein, eine gemeinsame Vorstellung von gesellschaftlicher Produktivität neu zu formulieren. Nur Sigmar Gabriel versucht auf SPD-Seite derzeit, die ökologische Frage sozialdemokratisch neu zu interpretieren, mit einem neuen ökologischen Industrialismus eine zeitgemäße Vorstellung von der Entfaltung der Produktivkräfte zu formulieren. Solche Ansätze sind in der SPD insgesamt Mangelware.

Durch den Druck der LINKSPARTEI definiert sich die SPD hauptsächlich über die Gerechtigkeitsdefizite ihrer eigenen Politik, statt eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie die Produktion gesellschaftlichen Reichtums so organisiert werden kann, dass dabei der Planet nicht insgesamt ausgeplündert und zerstört wird. Natürlich kommt Rot-Grün nicht um die Gerechtigkeitsfrage herum. Aber diese allein begründet keine tragfähige Vorstellung der Zukunft unserer Gesellschaft. Die LINKSPARTEI ist in der Frage nach den modernen Produktivkräften völlig abwesend und begreift gar nicht, wie sehr die ökologische Frage ins Zentrum der Diskussion über die Zukunft unserer Produktionsweise gehört. Dies ist auch der tiefere Grund dafür, dass es die eingangs erwähnte und oft berufene linke Mehrheitsperspektive derzeit nicht gibt. **NG/FH:** Herr Bütikofer, vielen Dank für das Gespräch.